

Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Industrie Bützfleth

Bürgerinitiative Stade – Altes Land - Pro Erneuerbare Energie – Kontra Kohlekraftwerke

An die Presse

Stade, 25. September 2009

Pressemitteilung

Das gestern von der Firma E.on der Öffentlichkeit vorgestellte Gutachtenergebnis, wonach eine wirtschaftlich sinnvolle Wärmenutzung für ein Kraftwerk am Standort Stade nicht möglich ist, kommt für alle, die sich etwas mit der Problematik befasst haben, nicht überraschend. Der einzige Wärmeabnehmer mit Gewicht ist die Firma Dow und deren Versorgung mit Prozesswärme ist durch ihre in der Planung befindlichen Gasturbinen einschließlich Reserveversorgungseinrichtungen gesichert.

Das Abnahmepotential anderer Unternehmen oder der privaten Nutzer in der erreichbaren Umgebung des Kraftwerks reicht bei weitem nicht aus, um die bei dem geplanten Kraftwerk entstehende Abwärme zu nutzen. Im Übrigen fehlt es dafür an der notwendigen Infrastruktur und daher rechnet sich ein solches Angebot wirtschaftlich nicht.

Folglich werden 55% des Energiegehalts der verfeuerten Kohle sinnlos verpulvert, um damit das Elbwasser zu erwärmen. Die Schlussfolgerung ist genau so einfach wie eindeutig: Stade ist kein geeigneter Standort für ein (oder mehrere) Kohlekraftwerke. Nur wo es (weitere) größere Industrieanlagen oder Großstädte mit einem Potential zur Wärmenutzung in der Nähe gibt, ist der energieeffiziente Betrieb eines Gas- oder Kohlekraftwerks möglich. Diese Voraussetzungen sind z.B. in Hamburg grundsätzlich gegeben, aber nicht in Stade und auch nicht in Brunsbüttel.

Wir fordern E.on und GdF Suez auf. Ihre Standortentscheidungen für die Kraftwerke an der Küste noch einmal zu überdenken. Und wir fordern die Politiker im Stader Rat auf, die geplanten Bebauungspläne für die Kraftwerke ad acta zu legen. Zu Recht hat sowohl die SPD Niedersachsen als auch der Kreistag Stade nahezu einstimmig in seiner Resolution zu den Kraftwerken beschlossen, dass ein Bau nur mit Kraftwärmekopplung in Betracht komme. Wenn diese Beschlüsse Ernst gemeint sind, müssen sie jetzt von den Bauplänen Abstand nehmen, denn es ist klar, dass es – jedenfalls eine ins Gewicht fallende – Wärmenutzung nicht geben wird und geben kann. Wir appellieren an die Ratsmitglieder: Revidieren sie ihre bisherige starre Haltung und wenden sie weiteren Schaden von der Stadt ab.

gez. Reinhard Elfring

gez. Sabine Klie